

**Oberfinanzdirektion  
Bremen**

O 1489 - B - BV 21 - Ra 5215

Bei Antwortschreiben wird um Angabe obigen  
Geschäftszeichens gebeten

**EINGANG**  
30. OKT. 1959

Landesamt für Wirtschaftsprüfung

51/3710

28. Oktober 1959  
Bremen 1,  
Haus des Reichs, Richtweg 25  
Zimmer.....430a  
Fernsprecher: (Vermittlung) 306 51  
oder bei Durchwahl 30 65 702  
Fernschreiber über 024 4491  
Postschließfach 17

An das  
Landesamt für Wiedergutmachung Bremen,  
Bremen  
Meinkenstraße 1

Betreff: Rückerstattungssache Frau Johanna Marx;  
hier: Umzugsgut

Bezug: Dortiges Schreiben vom 30.9.1959- 4080-Rü-5215-5

Anlagen: 1 Umzugsgutliste

Die bisherigen Ermittlungen haben folgendes  
ergeben:

Aus dem Schreiben des Zollamtes Überseehafen in Bremen an  
den ehemaligen Oberfinanzpräsidenten Westfalen - Devisen-  
stelle -, Münster, vom 31.10.1941 (siehe letztes Blatt der  
früheren Devisenakte Johanna Marx; jetziges Aktenzeichen  
der Oberfinanzdirektion Münster, Gruppe Devisenüberwachung,  
- D 1017 B - 87/54 - Z 34 - 62), ist zu entnehmen, daß die  
Speditionsfirma Hölzer & Co, Bremen, im Auftrage der Ge-  
heimen Staatspolizei in Bremen - EZA I Nr. 274 v. 27.10.  
41 - die Wiedereinfuhr von einem Lift gez. H. & C. 700, Roh-  
gewicht 2550 kg, enthaltend Umzugsgut der jüdischen  
Auswanderer: Geschwister Erna Sara Marx und Johanna Sara  
Marx, früher wohnhaft in Bielefeld, Humboldtstr. 15, bean-  
tragt hat.

Es kann daher angenommen werden, daß die Gestapo  
Bremen das Umzugsgut beschlagnahmt und die Speditionsfirma  
Hölzer & Co angewiesen hatte, es in ein Versteigerungslo-  
kal zu bringen. Da das Umzugsgut im Freihafen (Zollausland)  
lagerte, mußte zunächst die Wiedereinfuhr beantragt wer-  
den. Aus Aufzeichnungen der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft,  
in deren Anlagen das Gut lagerte (Schuppen 14 im Freihafen),

ergibt



ergibt sich, daß das Gut nicht durch Kriegseinwirkung vernichtet wurde. Wenn auch kein Versteigerungsprotokoll mehr aufzufinden und der Versteigerungserlös nicht bekannt ist, so kann auch angenommen werden, daß die Versteigerung zu Gunsten des Deutschen Reiches durchgeführt worden ist. Die Oberfinanzdirektion hat deshalb keine Bedenken, den Anspruch dem Grunde nach anzuerkennen.

Als Schadensersatzbetrag billigt das Bundesrückerstattungsgesetz (§ 16(1)) den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 unter Berücksichtigung des Zustandes der entzogenen Gegenstände im Zeitpunkt der Entziehung zu, d.h. einen Geldbetrag, der zu dieser Zeit ausreichend war, um gebrauchte Gegenstände gleicher Art und in dem gleichen Zustand im Handel wiederzubeschaffen.

In der o.a. Akte der Devisenstelle Münster befindet sich die in Abschrift hier beigefügte von der Antragstellerin angefertigte Liste ihres Umzugsgutes, welche sie bei dieser Stelle eingereicht hatte und welche ihr mit der Genehmigung zur Verbringung in das Ausland am 9.6.1939 zurückgesandt wurde. Darin hat die Antragstellerin den Wert des Umzugsgutes mit insgesamt rund 1.100,--RM angegeben. Mit dieser Angabe steht die Einlassung im Jahre 1955, der Wert des Umzugsgutes betrage 20.000,--RM (Siehe Bl. 4 der Entschädigungsakte des Regierungspräsidenten Detmold - 14 8214) in Widerspruch. Wie ist die erhebliche Differenz zu erklären? Ist die Sendung damals versichert worden? Wie hoch und bei welcher Versicherungsgesellschaft? Wenn der Wert von rd. 1.100,--RM nicht als Grundlage für die Ermittlung des Erwerbspreises für gebrauchte Gegenstände gleicher Art und Beschaffenheit im Handel anerkannt wird, so müßte das Gutachten eines Sachverständigen

eingeholt



Aus dem o.a. Schreiben des Zollamts  
Überseehafen in Bremen geht hervor, daß der Lift  
das Umzugsgut nicht nur der Antragstellerin, sondern  
auch ihrer Schwester Erna enthielt. Es wird gebeten,  
an Hand der beiliegenden Liste anzugeben, welche  
Gegenstände wem gehört haben.

Im Auftrag

Binder